



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/232 - 6.10.53

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Wahlkampf in Hamburg	S. 1
Stürmischer Herbst in Belgien	S. 4
Vor 20 Jahren: Ernst Router im KZ	S. 5

## Vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen

-gg- Am 1. November finden die regulären Wahlen zum hamburgischen Landesparlament, der Bürgerschaft, statt. Ein Sieg der Koalition in Hamburg würde der neuen Regierung Adenauer eine Zweidrittelmehrheit auch im Bundesrat sichern. Schon deshalb wird die bevorstehende Wahlentscheidung ein besonderes Gewicht haben. Die Wahlvorbereitungen zeigen denn auch außergewöhnliche Züge.

In der zuende gehenden Legislaturperiode verfügte die SPD über 65 von 120 Mandaten. Die Landesregierung, der Senat, ist noch rein sozialdemokratisch. Nach dem Wahlgesetz von 1949 erhielt die SPD mit einem Stimmenanteil von 42,8 Prozent 53,8 Prozent der Mandate. Die revidierte Fassung des Wahlgesetzes vom 29.11.1952 fügte im Grunde nur die Fünf-Prozent-Klausel hinzu. KPD und Frei-Soziale Union dürften danach nicht wieder in die Bürgerschaft einziehen. Auch für GB/BHE, DRP oder GVP läßt sich kaum eine Chance errechnen. Die entscheidende Auseinandersetzung erfolgt allein zwischen den Parteien der Koalition, die hier in Form einer neuen Überpartei auftritt, die sich "Hamburg-Block" (CDU, FDP, DP) nennt, und der traditionell starken SPD.

Der Hamburg-Block, in dem die CDU vier von je sieben Wahlkreiskandidaten und Sitzen im Senat für sich beansprucht (neben zwei für die FDP und einem für die seit 1949 kläglich halbierte DP), stellt eine neue Sorte von Partei dar. Die Teilhaber verbindet kein gemeinsames Programm, sondern allein ein unmittelbarer Zweck: Die Beseitigung der sozialdemokratischen Mehrheit in Parlament und Senat. Entgegen parlamentarischem Grundsatz wollen die auch in Hamburg separat weiter bestehen bleibenden Parteien eine Fraktion bilden. Sie präsentieren als Bürgermeisterkandidaten den jetzigen deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. Sieveking und verheißen im übrigen eine Vermehrung der Senatorenstellen, um die Postenansprüche ihrer Teilhaber erfüllen zu können.

Am 6. September entfielen auf die Koalition 52,9 Prozent

aller gültigen Zweitstimmen, auf die SPD - trotz eines Zuwachses um 44000 auf 403000 Stimmen - 38 Prozent. Der Hamburg-Block rechnet mit einem sicheren Siege am 1. November, ist der Kehrreim seiner Kundgebungen. Aber bei der Bürgerschaftswahl sprechen noch andere Faktoren als bei der Adenauer-Wahl vor fünf Wochen mit.

Es gibt keinen intelligenten Menschen in Hamburg, der zu leugnen vermöchte, daß der SPD-Senat außerordentlich erfolgreich regiert hat. Selbst der Bundeskanzler hat, sehr zum Ärger seiner Hamburger Gefolgsleute, die sich aufdrängenden Resultate des Aufbaus bewundernd anerkannt. Jeder Besucher Hamburgs zeigte sich beeindruckt von der großzügigen Leistung. Was an sachlichen Argumenten gegen die regierende SPD ins Feld geführt wird, betrifft Nebendinge. Es handelt sich da vor allem um die Schulreform mit der sechsjährigen Grundschule, die fachlich-pädagogisch kaum umstritten ist. Da aber das Unmaß der Zerstörungen von Schulgebäuden von Mitteln der Organisation und der Arbeitsatmosphäre noch nicht völlig überwunden werden konnte, wird eine spürbare Unzufriedenheit unter der Elternschaft völlig zu Unrecht auf die Schulreform projiziert. Ferner wird der SPD eine Hinauszögerung der Generalbereinigung in Bezug auf Formen der politischen Justiz und der Entnazifizierung vorgeworfen, ungeachtet der Tatsache, daß sie sich der auf Normalisierung drängenden Entwicklung in keiner Weise verschlossen hat. Der Vorwurf mangelnder Liberalität trifft also die Hamburger SPD nicht. Sie hat ehrliche Zusammenarbeit stets gesucht und, z.B. bei Beratung und Verabschiedung der Landesverfassung, zum Teil auch gefunden. Ansonsten wird mit den alten Verleumdungen gegen die angeblich marxistische SPD, gegen DGB und Genossenschaften gearbeitet, also, kurz gesagt, gegen den sozialen Fortschritt schlechthin.

Von dem Verleumdungskampf des Hetzblattes "Der Hanseat" mußten die Fraktionsführer der Koalitionsparteien selbst, in deren Namen es herausgegeben wird, in öffentlicher Bürgerschaftssitzung abrücken. Nichtsdestoweniger wird der Wahlkampf von dieser Seite mit jedem Mittel der Verdächtigung fortgeführt - in offenem Widerspruch zu den liberalen Traditionen der alten Bürgerrepublik.

Eine Prognose für den Wahlausgang ist schwer zu stellen, da das Maß des Sieges der CDU am 6. September und die bekanntgewordenen Gleichschaltungspläne auch bei vielen Nichtsozialdemokraten Argwohn und Zweifel ausgelöst haben. Die Welle von wirklichkeitsfremdem Optimismus, die dem Bundeskanzler zu seiner absoluten Majorität im Bundestag verhalf, dürfte auf alle Fälle noch merkbar abflauen. Die SPD blieb am 6. September die stärkste Partei der Hansestadt. Sie verteidigt ein Werk, das sich internationaler Anerkennung erfreut, und sie hat jede Aussicht, diesen Kampf zu bestehen.

+ + +

Sommerruhe ohne Entspannung

pt - Brüssel

Die Sommerferien der belgischen Politik, die Mitte Juni mit dem Abschluß der Parlamentstagung begonnen hatten, sind zuende. Schon haben die verschiedenen Parteivorstände und -ausschüsse getagt, schon ist den Parlamentariern der Ausschlußbericht über den EVG-Vertrag und die dazu notwendige Verfassungsänderung zugegangen. Und schon wird über den Zeitpunkt der für die Verfassungsänderung notwendigen Neuwahlen orakelt. Die einen wollen wissen, daß die Regierung sie möglichst früh - vielleicht schon im Januar 1954 - vornehmen will, die anderen sehen so langwierige Kämpfe um EVG-Vertrag und Verfassungsänderungen voraus, daß sie auf März / April tippen.

Die Sommerferien waren mit heftigen Stürmen durchsetzt - leider mit keinem reinigenden Gewitter. Im Gegenteil, die Fronten der Befürworter und der Gegner des EVG-Vertrages haben sich versteift. Die Befürworter des Vertrages haben ein sozusagen "wirtschaftliches" Argument für sich eingespannt. Es ist die auch in Straßburg von britischer Seite vorgebrachte These, daß Deutschland wirtschaftlich alles auskonkurrieren und "die erste Wirtschaftsmacht" werden würde, wenn man ihm nicht schleunigst eine Aufrüstungsproduktion um den Hals hänge. "Von militärischen Lasten ausgenommen, wird die deutsche Wirtschaft ein fürchterlicher Konkurrent", prophezeit der Brüsseler "Soir". Die Gegner des EVG-Vertrages benutzten jedoch das Argument, um mit ihm zu zeigen, daß man also (entgegen allen Beteuerungen) Deutschland mit dem EVG-Vertrag auch eine eigene große Rüstungsindustrie schaffen wolle.

Der alte Gegensatz zwischen Wallonen und Flamen hat mit dem Streit über die Verfassungsänderung neue Nahrung erhalten. Wenn schon Verfassungsänderung, warum nicht gründlich, ruft es auf beiden Flügeln - bei den Flamen, die die zwangsweise Trennung von Holland und die Unterwerfung unter Brüssel im Jahre 1839 nicht vergessen können und bei jenen Wallonen, die sich als Vorposten von Paris fühlen. Gewichtiger als die reinen Separatisten sind auf beiden Seiten die unterschiedenen Anhänger eines weitgehenden Föderalismus. Sie finden sich ebenfalls in allen Parteien. In der regierenden Christlich-sozialen

Partei bildete sich eine wallonische Fraktion, die mit der Abspaltung als äußerstem Mittel liebäugelt, in der sozialistischen Partei mußte der Präsident Buset in einer stark bewegten Aussprache über Föderalismus oder Zentralismus feierlich versichern, daß die Partei keinen Fraktionszwang ausüben werde, wenn bei der Verfassungsänderung über eine Umgestaltung des Landes zu mehr föderalistischer Form abgestimmt werden würde. Lauter und vergifteter noch als durch ein Wiederaufflammen des Gegensatzes zwischen Anhängern und Gegnern des Franktireurkrieges gegen die deutsche Besatzung kam der Gegensatz in den traditionellen sommerlichen Demonstrationen der Flamen in Dixumiden zum Ausbruch. Am 25. Oktober wollen dort die Wallonen eine Gegendemonstration veranstalten, die drei christlichsozialen Minister, die an der flämischen Demonstration in Dixumiden teilgenommen haben, sollen sich vor dem Parlament verantworten ...

Die Sommerferien sind vorbei. Sie haben keine Erholung gebracht, sondern neuen Zündstoff angehäuft. Es wäre vermessen, prophezeien zu wollen, ob Belgien den EVC-Vertrag ratifizieren wird oder nicht, umso weniger, als niemand weiß, ob nicht die Auseinandersetzung über Verfassungsänderungen ins Uferlose führen wird. Eine schwere Zeit steht den belgischen Parteien bevor, auch der sozialistischen.

+ + +

#### Finn Moe befürwortet neue Initiative der Westmächte

(sp) In einem Artikel über die Sowjetnote vom 29. September schreibt der außenpolitische Mitarbeiter des "Arbeiderbladet" Oslo und Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des norwegischen Stortings Finn Moe:

"Man kann daher mit Recht die Frage stellen, ob die Absicht der Note die Herbeiführung von Verhandlungen oder der Versuch ist, eine etwaige Konferenz zu verschieben und den Westen zu spalten. Obgleich aber solche Fragen äußerst berechtigt sind, wäre es unrichtig von den Westmächten, eine negative Haltung zu dem sowjetrussischen Vorschlag einzunehmen. Gerade in der jetzigen Situation gilt es, sich folgerichtig an die Linie zu halten, daß man zu Verhandlungen bereit ist, ohne einen langwierigen Propagandakampf um die Tagesordnung zu führen. Nicht zuletzt weil es darum geht, die Initiative zu behalten, die die Westmächte allmählich zu gewinnen begonnen haben. Gerade zu einer Zeit als die meisten diplomatischen Schritte auf der Seite Moskaus auf Unsicherheit und Unschlüssigkeit und vielleicht Streit um die zu befolgende Außenpolitik hindeuten, ist es von Bedeutung, die Initiative zu nehmen".

+ + +

Ernst Reuter im KZ

K.R.K. Der Chefredakteur von "Svenska Dagbladet", Ivar Andersson, schildert in seiner Zeitung eine Begegnung, die er mit Ernst Reuter während dessen Aufenthalt im Konzentrationslager hatte. Er nahm als Journalist an der Besichtigung eines KZs teil. Nach einer Beschreibung der äußeren Umstände, unter denen die Gefangenen leben mußten, fährt er fort:

"Als wir in einen der Räume kamen, fiel mir ein Mann in den Vierzigerjahren auf, der ein wenig abseits stand. Er war groß und breitschultrig und hatte ein lebhaftes, intelligentes Gesicht. Ich ging zu ihm und begann mit ihm zu sprechen. Er antwortete einsilbig und ausweichend, wie alle anderen Gefangenen. Ich fragte nach seinem bürgerlichen Beruf, und er antwortete zu meiner Überraschung: "Oberbürgermeister von Magdeburg".

"Warum sitzen Sie hier?"

Er lächelte und sagte ruhig: "Ich bin Sozialdemokrat, und Sie können gewiß den Rest erraten. Doch ich wäre dankbar, wenn Sie dieses Gespräch nicht fortsetzten - ich werde sonnetwegen Unannehmlichkeiten haben".

Ich verstand sofort, worauf er hinauswollte. Ringsumher drängten sich unsere deutschen Reisemarschälle, eifrig lauschend, was der Oberbürgermeister von Magdeburg zu sagen hätte. Als ich aus dem Zimmer ging, trat ein Herr vor und wies eifrig darauf hin, daß Oberbürgermeister Reuter eine besonders gefährliche Person sei.

"Also ein politischer Gefangener?" sagte ich.

"Ja, natürlich, aber verstehen Sie, alle diese Leute sind Schweinehunde!"

Ich wurde wütend ob dieser Antwort und geriet in einen heftigen Wortwechsel mit dem Lagerkommandanten, einem wichtigtuenden SS-Mann, der schließlich beinahe Miene machte, mich zu verhaften.

Dies war das erste und einzige Mal, daß ich Oberbürgermeister Ernst Reuter begegnete ..."